

Pierre Larroustou: Wir wollen nicht in den Trümmern des Neoliberalismus sterben!

Kenneth Rogoff, ehemaliger Chef des IWF fasste die Situation der Weltwirtschaft treffend mit den Worten zusammen: „Systeme überleben oft länger als gedacht, brechen dann aber schneller zusammen als man sich das (vorher) vorstellen konnte“. Und der Gouverneur der englischen Zentralbank behauptete, „die nächste Krise kann schlimmer sein als die 1930er-Krise“.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Eurozone ist nicht gut, doch auch die USA und China, oft als Motoren der Weltwirtschaft gepriesen, sind faktisch Zeitbomben: die USA mit ihrer Verschuldung in Höhe von 358% des BIP, China mit seiner zurzeit platzenden Immobilienblase (sie ist drei Mal so groß wie die damalige amerikanische Subprime-Blase). Wie wollen in diesem internationalen Kontext die frz. sozialistische Partei PS oder die Regierungspartei UMP weiter auf eine Rückkehr des Wachstums setzen? Die Chancen der Realisierung dieses Traums stehen bei 1:1000.

Ein sozialistischer Abgeordneter vertraute mir kürzlich an: „Das wird schrecklich, es gibt keine Handlungsspielräume mehr. Ab Juni werden die Staatsausgaben eingefroren, in einigen Monaten wird das Land durch Monster-Demonstrationen paralyziert sein und bei den Wahlen 2014 werden wir historische Prügel bekommen“.

Kann Austeritätspolitik die Lösung der Krise sein? Ist die regierende Linke zur Enttäuschung verurteilt?

Nein. Ein Entkommen aus der Todesspirale, in die sich unsere Länder zurzeit einschließen, ist möglich, das zeigt die Geschichte.

Als Roosevelt 1933 das Präsidentenamt übernahm, gab es in den USA 14 Millionen Arbeitslose und die industrielle Produktion war um 45% geschrumpft. Mit Vertrauen schaffender Zielstrebigkeit und Schnelligkeit wurden von ihm Gesetze eingebracht, (im Parlament) diskutiert, beschlossen und noch am gleichen Tag in Kraft gesetzt.

Roosevelts Ziel war nicht die Beruhigung der Märkte, sondern deren Bändigung. Er wollte keine Sinnggebung für Austeritätspolitik, sondern die Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Wütende US-Aktionäre widersetzten sich mit allen Kräften seinen Gesetzen zur Aufspaltung der Banken nach Geschäftsfeldern und zur Besteuerung der Spitzeneinkommen oder seinem neu geschaffenen Bundesgesetz zur Gewinnbesteuerung. Doch Roosevelt hielt Kurs und veranlasste die Inkraftsetzung von 15 grundlegenden Reformgesetzen innerhalb von drei Monaten.

Nicht nur, dass die von der Finanzwelt prognostizierten Katastrophen ausblieben, die amerikanische Volkswirtschaft lebte ein halbes Jahrhundert lang sehr gut mit Roosevelts neuen Regeln. Zwar wäre die amerikanische Volkswirtschaft aufgrund seiner zu zaghafter konjunkturpolitischen Maßnahmen wohl ohne Umschalten auf Kriegswirtschaft wieder in die Rezession geraten, doch die von ihm durchgesetzte Bankenregulierung und seine Steuergesetzgebung erreichten sehr wohl ihre Ziele.

Die amerikanische Volkswirtschaft funktionierte bis zur Machtübernahme Ronald Reagans im Jahr 1981 ohne (größeren) Rückgriff auf private oder staatliche Schulden. Während Roosevelts „fordistische“ Regulierungen 30 Jahre lang für eine gerechte Teilung der Wachstumsraten des Sozialprodukts zwischen Arbeit und Kapital sorgten, sank der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit Reagan bzw. nach 30 Jahren Deregulierung in den OECD-Ländern von 67% auf 57% .

Die Folgen waren:

- a) Ein enormer Anstieg der öffentlichen Schuld. Die Besteuerung von Löhnen und Konsum war die wichtigste Einnahmequelle des Staates gewesen.
- b) Ein enormer Anstieg der privaten Schuld. Arbeitnehmern blieb zur Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards nur die Verschuldung.

Arbeitslosigkeit und Armutseinkommen waren die Hauptgründe für den drastischen Rückgang der Lohnquote. Dabei war Arbeitslosigkeit nicht die Konsequenz von 5 Jahren Krise, sondern eine ihrer Hauptursachen. Nur mit radikaler Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armutslöhnen kann auch die Krise überwunden werden.

Egal, ob das den Neoliberalen gefällt oder nicht: wir erleben zurzeit keine Krise des Wohlfahrtsstaates, sondern eine extrem schwere Krisenphase des Kapitalismus, in der die klassischen Instrumente des Wohlfahrtsstaates allein nicht ausreichen.

Soziale Gerechtigkeit ist kein Luxus, auf den aus Gründen der Krise verzichtet werden kann; (im Gegenteil:) der Neuaufbau sozialer Gerechtigkeit ist das einzige Mittel zur Krisenüberwindung!

Der nächste französische Präsident hat die Wahl zwischen zwei möglichen Strategien. Entweder, er denkt, die Krise geht bald zu Ende und zur Überbrückung einiger Monate, die uns noch vom Aufschwung trennen, genügt eine gute Verwaltung der öffentlichen Finanzen. Oder aber er denkt, es bleibt nur eine begrenzte Zeit bis zum Zusammenbruch des Wirtschaftssystems und er muss wie Roosevelt handeln:

ab Juli 2012 ein neues internationales Bretton Woods organisieren, die unglaublichen Privilegien des privaten Bankensektors bei der Finanzierung öffentlicher Schulden beseitigen, frontal gegen Steuerparadiese vorgehen und durch Einberufung von „Generalständen der Arbeit“ vehement gegen Arbeitslosigkeit und Armutseinkommen ankämpfen: mit Beteiligung aller Sozialpartner drei Monate lang das Programm eines neuen Sozialvertrags ausarbeiten (wie das die Holländer 1982 mit ihrem Wassenaar-Abkommen vormachten).

Wie sieht die europäische Linke ihre historische Rolle?

Den Zusammenbruch des neoliberalen Modells verwalten, mit der Gefahr, in ihren Ruinen unter zu gehen oder die Grundlagen einer neuen Gesellschaft schaffen - bevor, wie in den 1930er Jahren, die Krise in Barbarei mündet? ...

(Es folgt ein Aufruf zur Unterstützung des Kollektivs Roosevelt2012).